

Die Regierung will die AK schwächen

Die AK ist die gesetzliche Interessenvertretung der Arbeiter_innen und Angestellten. Die AK ist der (Kollektivvertrags-) KV-Partner der Wirtschaft, die Gewerkschaften die konkreten KV-Verhandler für die arbeitenden Menschen. Die AK ist auch unverzichtbar für einen wirksamen Konsument_innenschutz!

Die Regierung plant nun die Senkung des Arbeiterkammer-Beitrages. Macht die AK dazu keine eigenen Vorschläge, will die Regierung dies selbst per Gesetz beschließen. Ziel ist, weniger Vertretung, weniger Schutz für alle arbeitenden Menschen vor der Willkür der Unternehmen – auch als Konsument_innen. Denn weniger Geld bedeutet weniger AK-Beschäftigte und weniger Leistung für die Mitglieder.

Derzeit macht der AK-Mitgliedsbeitrag 0,5% des Bruttolohns aus, im Schnitt ca. 7,- Euro pro Beschäftigten und Monat. In der Regierung wird eine Kürzung um mindestens 0,1% diskutiert. 0,1% weniger bedeutet rund 90 Mio. Euro weniger, Kürzung um 0,2% bedeutet rund 180 Mio. Euro weniger Geld für die AK – das wäre fast die Hälfte des jährlichen AK-Budgets! Ein Kahlschlag!

Der AK und ihren Expert_innen sollen Schritt für Schritt die finanziellen Grundlagen entzogen werden. So soll die gesetzliche Interessensvertretung der Arbeiter_innen, geschwächt oder letztlich sogar unmöglich werden! Dieser Angriff der Regierung auf die AK ist auch ein erster Schritt die Kollektivverträge – die für alle Arbeiter_innen und Angestellten einer Branche gelten – zu schwächen und in Frage zu stellen.

Wir fragen: Wo bleibt die Antwort auf die Angriffe der Regierung? Wo bleibt die aktive Zurückweisung dieser unfassbaren Angriffe durch demokratische Parteien, ÖGB, AK?

Wir brauchen: Klare Aussagen, klare Worte und Taten – JETZT!

Wir sagen: Stillhalten ist keine Antwort! Wir wollen nicht weiter warten bis die Verschlechterungen Gesetz sind! Wir wollen uns zur Wehr setzen!

Wir verlangen, dass die Arbeiterkammern die 3,5 Millionen Mitglieder in ihre Häuser, in die AK-Zentralen, in ihre Bezirksstellen einlädt und sie bei öffentlichen Veranstaltungen endlich offensiv informiert!

- Was bedeutet die Kürzung des AK-Beitrages für die AK wirklich?
- Was bedeutet eine Schwächung der gesetzlichen Interessenvertretung AK für die Arbeitnehmer_innen und die Kollektivverträge?
- Was unternehmen die Verantwortungsträger_innen der AK – JETZT?
- Wie können wir Mitglieder gemeinsam unsere AK verteidigen?

Kolleginnen und Kollegen !

Kämpfen wir für unsere Rechte, für unsere Arbeiterkammer! Unterstützt diesen Aufruf an die Verantwortungsträger_innen der AK !

Kopiert und sendet dieses Schreiben an Eure lokalen und zentralen AK-Büros (siehe E-Mail-Liste), aber auch an den ÖGB, die Gewerkschaften, die diversen Parteiorganisationen, an die gewählten AK-Rät_innen aller Fraktionen und an Betriebsrät_innen, mit dem Ersuchen, in diesem Sinne aktiv zu werden, um breite Unterstützung und Wirksamkeit in Interesse aller arbeitenden Menschen zu erreichen!

Bitte informiert uns nach Möglichkeit über Eure Aktivitäten: oesolkom@gmx.at

Wien: Rudolf Kaske (gleichzeitig Bundesarbeitskammer), rudolf.kaske@akwien.at
Renate Anderl (designierte Arbeiterkammerpräsidentin), renate.anderl@oegb.at

Burgenland: Gerhard Michalitsch, Gerhard.Michalitsch@akbgld.at **Kärnten:** Günther Goach, g.goach@akktn.at

Niederösterreich: Markus Wieser, m.wieser@aknoe.at **Oberösterreich:** Johann Kalliauer, kalliauer@akooe.at

Salzburg: Siegfried Pichler, siegfried.pichler@ak-salzburg.at **Steiermark:** Josef Pesslerl, josef.pesslerl@akstmk.at

Tirol: Erwin Zangerl, erwin.zangerl@ak-tirol.com **Vorarlberg:** Hubert Hämmerle, hubert.haemmerle@ak-vorarlberg.at

Initiator: Österreichisches Solidaritätskomitee / proSV * <http://prosv.akis.at>, oesolkom@gmx.at

AK und ÖGB haben mittlerweile folgende Kampagne gestartet: Initiative Arbeit - die Umfrage Mitmachen unter: https://www.wie-soll-arbeit.at/Themen/Zur_Umfrage.html

Sehr gut! Leider wird ganz und gar nicht thematisiert, dass die Regierung den AK-Mitgliedsbeitrag senken will, was gravierende negative Folgen für die AK und den Schutz der arbeitenden Menschen hätte. Daher Vorschlag: bei „Kommentar“ das einfordern (siehe Infos oben).